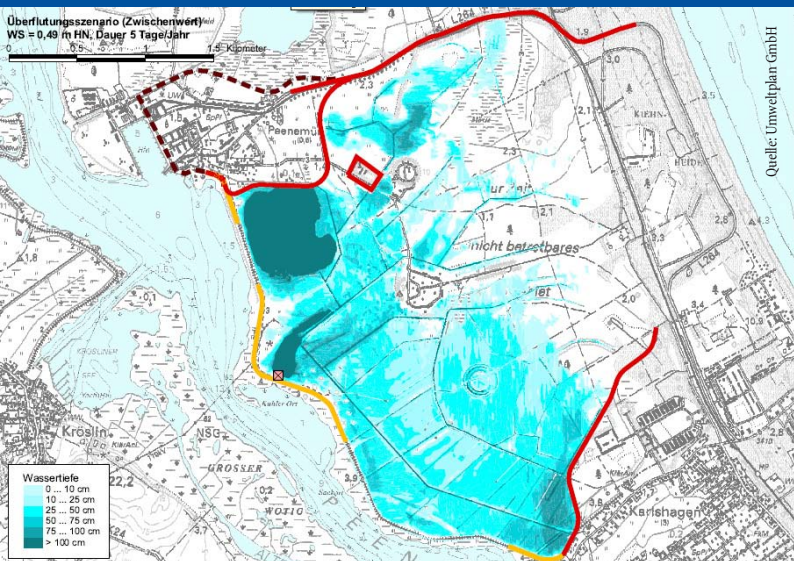


Deichrückbau im Norden Usedom

EIN ZWEIFELHAFTES „NATURSCHUTZ“-PROJEKT



Seit 2008 ist die Bevölkerung Nordusedoms aufgeschreckt: Der Peenestromdeich, der sie vor Überschwemmung von Westen her schützt, soll weg, das dahinter liegende Gebiet, eine Mischung aus Wald und feuchten Wiesen, soll „renaturiert“ werden, als Ausgleichsfläche für Investitionen am Industriestandort Lubmin, nur wenige Kilometer Luftlinie entfernt. Das ganze nennt sich Kompensationsflächenpool Cämmerer See, von uns hier kurz KFP genannt.

Ein Aufschrei ging durch die Bevölkerung, eine Bürgerinitiative gründete sich.

Wir als „Bürgerinitiative Gegen Deichrückbau im Inselnorden e.V.“ wollen mit dieser Schrift über die bekannten Fakten informieren, stellen Fragen und versuchen einige Antworten zu geben.

Diese Argumentation soll die Gegner des Deichrückbaus ermutigen und wappnen, soll diejenigen nachdenklich stimmen, die aus einzelnen unterschiedlichen Gründen Verständnis zeigen, weist auf eine Anzahl von Ungereimtheiten im Projekt selbst und im Umgang der Initiatoren mit den Beteiligten hin und fasst die Fragwürdigkeit und Verantwortungslosigkeit dieser Pläne abschließend zusammen.

Die Bürgerinitiative im Kurzporträt

Auf einer Bürgerversammlung im August 2008 in Karlshagen bildete sich die BI, am 8. Dezember 2008 wurde der Verein „Bürgerinitiative gegen Deichrückbau im Inselnorden e.V.“ in Karlshagen gegründet. Nach wenigen Monaten konnte die BI bereits über 120 Einzelmitglieder und fünf Vereine zu ihren Mitgliedern zählen: Förderverein Peenemünde, Anglerverband Peenemünde, Schützenverein Karlshagen, Marinekameradschaft Peenemünde und den Hegering Zinnowitz, Der „Verein Naturschutz-Zentrum Insel Usedom e.V.“ Karlshagen trat 2011 der BI bei.



Foto: Klingner

Bis zum Frühjahr 2014 wurden über 10.000 Unterschriften gegen den Deichrückbau gesammelt, davon knapp 4.000 von Einwohnern der Region, der Rest von Touristen oder Bewohnern anderer Usedomer Orte.

Damit können mit Recht darauf verwiesen, dass unsere BI faktisch die Meinung der gesamten Bevölkerung des Inselnordens vertritt und keineswegs die Bevölkerung spaltet, wie es bei vielen anderen Bürgerinitiativen der Fall ist. Es gibt kein Verständnis und erst recht keine „schweigende Mehrheit“ für den Deichrückbau in der Bevölkerung!

Das Projekt

Aus dem Dokument „Kompensationsflächenpool Cämmerer See“ datiert vom 17. Juni 2008, erstellt vom Vorhabens träger Energiewerke Nord (EWN)

„Kurzbeschreibung des Vorhabens“

In dem betreffenden Gebiet zwischen Karlshagen und Peenemünde, einer Fläche von 940 ha, bestehe das „von den Umweltbehörden des Landes M-V angestrebte Ziel, einen möglichst großen Teil der an den Cämmerer See angrenzenden Fläche ökologisch deutlich aufzuwerten. Dies soll durch Rückbau des am Peenestrom verlaufenden Deiches und damit Wiederherstellung der natürlichen Vorflut erreicht werden. Der überwiegende Teil der Flächen sind bundeseigene Grundstücke, welche ohnehin durch Übertragung in Nationales Naturerbe für dauerhafte Sicherung für den Naturschutz vorgesehen sind... Im April 2008 hat das Umweltministerium die naturschutzrechtliche Maßnahme an EWN übertragen. Es ist vorgesehen, im Bereich des Cämmerer Sees und der angrenzenden Niederungen einen Flächenpool zu schaffen, aus dem Ausgleichsflächen für mehrere Investitionsvorhaben **am Industriestandort Lubmin** (Herv. BI) zur Verfügung gestellt werden können.“

Die betreffenden Investoren, die den KFP auch finanzieren sollen, werden aufgeführt, unter anderen befand sich darunter das damals geplante Steinkohlekraftwerk von DONG Energy.

Als erstes wird in der Kurzbeschreibung jedoch ein anderer Grund genannt, der Hochwasserschutz:

Es wird „im Zuge des Hochwasserschutzes Nordusedoms das Sturmflutschutzprojekt (Deichneubau) des StAUN (Staatliches Amt für Umwelt und Natur – d.Red.) Ueckermünde geplant. Durch die Errichtung eines Deiches von Peenemünde bis zur Düne Zinnowitz soll der Schutz gegen von der Ostsee her anstehendes Hochwasser verbessert werden. Mit dem durch den geplanten Deich erreichten Ringschluss ist nicht nur für die Ortschaft Peenemünde sondern auch für große Teile Nordusedoms ein Schutz gegen Hochwasser für das Bemessungsereignis gegeben.“

Durch diese Aussage wird der Anschein erweckt, der hier erwähnte Deichneubau käme erst durch den KFP zustande.

In Wirklichkeit ist der so genannte Riegeldeich zwischen Peenemünde und der Ostsee (als Düne Zinnowitz wird die gesamte Düne von Zinnowitz bis kurz vor die Nordspitze Usedoms bezeichnet) lange in der Landesplanung und geht auf alte Pläne zurück (siehe nächstes Kapitel). Durch den KFP würde er jedoch zur Farce und müsste so angepasst werden, dass auf ihm auch die Straße und die Schiene nach Peenemünde Platz finden (in der Folge als Kombideich bezeichnet). Der hier formulierte „Ringschluss“ würde durch den KFP nicht erreicht, sondern wegen des Rückbaus des Peenestromdeiches verhindert.

Zu dem nach Rückbau des Peenestromdeiches notwendig werden Schutz der Ortslage Karlshagen ist im KFP vorgesehen, einen neuen Deich zu errichten, der am Hafen Karlshagen beginnt und kurz vor dem Bahndamm Richtung Peenemünde aufhört. Auch die Ortslage Peenemünde müsste dann zusätzlich von Süden her durch einen neuen Deich geschützt werden, Peenemünde würde von Deichen umgeben.

Die Projektunterlagen wurden Ende November 2009 von EWN beim Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG) zur Genehmigung eingereicht, bis heute (Mai 2014) ist die Planung nicht weiter vorangekommen.



Zur Vorgeschichte des Projektes

Hochwasser und Deichbau im Inselnorden

Die Erfahrungen der großen Hochwasserereignisse von 1872, 1874 und 1904/05 mündeten 1908 in Pläne, Nordusedom von der Peenestromseite her durch einen Deich zu schützen, der bis über die Nordspitze herum Anschluss an die Düne Zinnowitz finden sollte. Bis Anfang der 1930er Jahre wurde der Deichbau von Süden her bis nach Karlshagen vollendet. Die Heeresversuchsanstalt Peenemünde war dann seit 1936 Auslöser und Geldgeber für die Weiterführung der ursprünglichen Pläne, der Deich wurde bis Peenemünde weitergebaut. Dabei entstand der Cämmerer See durch die Abtrennung einer ehemaligen Bucht des Peenestroms. Der Hochwasserschutz im äußersten Norden der Insel ist bis heute nicht gleichwertig mit dem Schutz durch den Peenestromdeich und die Ostsee-Düne, die Lücke im Hochwasserschutz besteht immer noch.

Schließlich einigten sich die Gemeinde Peenemünde und die Landesbehörden von Mecklenburg-Vorpommern über den Verlauf des so genannten Riegeldeiches von Peenemünde bis zur Ostsee. Er sollte unmittelbar nördlich von Straße und Schiene verlaufen und ist im 2009 aktualisierten Regelwerk Küstenschutz des Landes unter den bis 2014 zu realisierenden Vorrangvorhaben aufgeführt.

Naturschutz in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990

Erklärtes Ziel des Landes ist die Renaturierung verschiedener Gebiete, vor allem im Rahmen des so genannten Moorschutzprogramms zur Wiedervernässung ehemals meliorierter Flächen, auch als Ausgleichsflächen für die Inanspruchnahme von Natur durch Industriebauten. Vor allem entlang des Flusslaufs der Peene entstanden zahlreiche wiedervernässte Flächen.

Offenbar wurde im Zuge der Prüfung, welche Flächen als Ausgleichsfläche für die Renaturierung geeignet seien, durch die Landesnaturschutzbehörden auch der Bereich zwischen Karlshagen und Peenemünde ins Auge gefasst.

Cämmerer See als potenzielle Ausgleichsfläche

Bereits im Zusammenhang mit dem Bau der Autobahn A 20 wurde diese Fläche als Ausgleichsfläche benannt und ein Deichrückbau in Erwägung gezogen. Diese Pläne wurden jedoch – nach Aussagen verschiedener Quellen – durch den damaligen Landesumweltminister Wolfgang Methling (PDS) gestoppt, mit der Begründung, dass sie vor Ort nicht durchsetzbar seien.

Im aktuellen Raumordnungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern ist diese Fläche unter anderem als potenzielle Ausgleichsfläche für Industriebauten ausgewiesen. Als die betroffenen Gemeinden des Amtsbereiches dazu um ihre Meinung befragt wurden, war jedoch nicht die Rede davon, dass damit ein Deichrückbau verbunden sei. Der mit der Einstufung als Ausgleichsfläche verbundene Deichrückbau war in einem nur in der Diskussionsphase öffentlich zugänglichen Zusatzdokument hinter der Formulierung „Auspolderung“ versteckt.

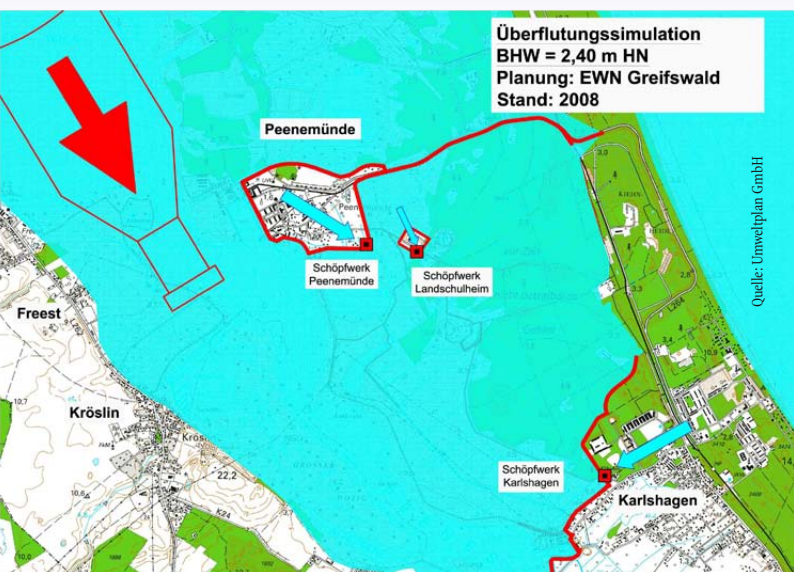
Es ist schwer, hier an Zufall oder Nachlässigkeit zu glauben. Als EWN dann 2008 das Projekt vom Land übertragen bekommen hatte und begann, die Gemeinden vom geplanten Deichrückbau zu informieren, war die Entrüstung groß, sie wurden erstmals damit konfrontiert!

Warum ist die Bevölkerung gegen den Deichrückbau?

Hochwasserschutz vor dem Hintergrund des Meeresspiegelanstiegs

Durch den Rückbau des Peenestromdeiches würde die Hochwasserschutzfunktion des Riegeldeiches wieder aufgehoben. Der Riegeldeich soll ja verhindern, dass das Hochwasser von der unzureichend geschützten Nordspitze Usedom nach Süden fließt. Ohne Peenestromdeich würde jedoch dem Hochwasser der Weg von Westen genau dorthin geöffnet. Die einzige Funktion des Riegeldeiches bestände dann darin, bei Sturmhochwasser die Einströmöffnung des Hochwassers in den Peenestrom von Norden her zu verkleinern und die landseitige Zufahrt nach Peenemünde zu sichern.

Das wird aber viel besser durch die ursprüngliche Variante des Riegeldeiches gewährleistet, denn dann wäre der Deich nicht von beiden Seiten vom Hochwasser umgeben.



Das Szenario 240 cm über normal Null zeigt anschaulich die Fahrlässigkeit, dem Hochwasser den gesamten Inselnorden zu öffnen. Der Ersatzdeich nordwestlich von Karlshagen soll vor dem Bahndamm enden, hier besteht aber schon laut Hochwasserszenario eine Gefahr des Umströmens. Wenn man dazu berücksichtigt, dass Hochwasser

nicht wie in einer Badewanne regelmäßig steigt, sondern mit Fließdynamik verbunden ist, wird die Gefahr noch deutlicher.

Besonders bizarr ist die Tatsache, dass der für die kommenden Jahrzehnte prognostizierte Meeresspiegelanstieg in der ursprünglichen Planung in keiner Weise berücksichtigt wurde. Das belegen die vom zuständigen Büro „Umweltplan“ angegebenen Zeiten, in denen bestimmte höhere Wasserstände auftreten. So ist für den Wasserstand 49 cm plus eine durchschnittliche Zeitdauer von fünf Tagen pro Jahr angegeben (siehe Karte auf S. 1). Das mag noch für eine gewisse Zeit zutreffen und basiert auf Zahlen vergangener Jahre.

Wie sehr diese Aussage von anderen Publikationen – und auch von der Wirklichkeit – abweicht, zeigen die folgenden Beispiele.

Die 2009 gegründete AG Klimawandel beim Regionalen Planungsverband Vorpommern hatte sich im Protokoll ihrer 1. Beratung auf eine zu erwartende mittlere Erhöhung des Meeresspiegels bis 2100 um 50 cm festgelegt, aber gleichzeitig darauf verwiesen, „...dass neueste Betrachtungen im Rahmen der Vorbereitung des Klimaschutzgipfels in Kopenhagen für die Ostsee vorliegen... Damit könnte ein Meeresspiegelanstieg von 1,0 bis maximal 1,5 m in den nächsten Jahrhunderten zu erwarten sein. Die Annahme von 50 cm Meeresspiegelzunahme stellt somit möglicherweise einen zu geringen Wert dar.“

Aus dem Regelwerk Küstenschutz des Landes MV von 2009, S. 48.

„... wird für die Festlegung des Bemessungshochwasserstandes ein Anstiegsbetrag (für den Meeresspiegel – d. Red.) von 20–30 cm bis 2070 veranschlagt. Dieser Wert berücksichtigt keine klimawandelinduzierte Beschleunigung des Meeresspiegelanstiegs.“

Aus: Arved Fuchs, Blickpunkt Klimawandel, Delius Klasing Verlag 2009

Beitrag von Prof. Dr. Stefan Rahmstorf, Potsdam-Institut für Klimaforschung, S. 66:

„Bis 2100 rechnet der Weltklimabericht 2007 des IPCC (Weltklimarat – BI) mit einem Anstieg um 18-59 cm, zuzüglich eines Beitrags der Eisdynamik, den IPCC für nicht quantifizierbar hält. Seither hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass insgesamt wahrscheinlich mit einem Anstieg von 50–150 cm bis 2100 zu rechnen ist.“

Angesichts dieser Aussagen ist es keineswegs ein Horrorszenario, wenn wir sagen, dass der Kompensationsflächenpool Cämmerer See die Existenz des gesamten Inselnordens fahrlässig und ohne Not aufs Spiel setzt.

Munitionsaltlasten und Schadstoffe

Der gesamte Inselnorden wurde im Krieg mehrfach bombardiert. Die Blindgängerquote wird generell mit 10-20 Prozent angesetzt. Darüber hinaus wurde das Gebiet des KFP nach 1945 zur unkontrollierten Entsorgung von Schadstoffen aus dem militärischen Alltag genutzt, Informationen darüber fehlen naturgemäß.

Verschiedene unabhängige Spezialisten für Munitionsbergung haben vor den zusätzlichen Gefahren gewarnt, die sich bei einer zeitweiligen oder dauerhaften Überflutung ergeben würden. Besonders sensibel reagieren Blindgänger auf Schwankungen des Grundwasserspiegels.

Die Aussage des Landesinnenministeriums, dass keine größere Gefahr bei Überflutung bzw. höherem Wasserstand erkennbar sei, als es gegenwärtig der Fall sei, muss demgegenüber wie eine Beschwichtigung wirken. Wer übernimmt die Verantwortung für ein bewusstes Herunterspielen unkalkulierbarer Gefahren für die Bevölkerung?

Trinkwasser

Das an der nordöstlichen Begrenzung des KFP befindliche Trinkwasserschutzgebiet hat für die aktuelle Trinkwasserversorgung eine Reservefunktion. Nach Aussagen von Fachleuten könnte notfalls ein gefährdeter Brunnen stillgelegt und ein neuer gebohrt bzw. Wasser aus anderen Reservoirs zugekauft werden. Darüber, wie dieses Szenario mit langfristigen Entwicklungen des Wasserbedarfs für Usedom oder Gefahren der Trinkwasserverunreinigung übereinstimmt, liegen offenbar keine detaillierten Untersuchungen vor. Es bleibt die Gefahr, dieses Trinkwasserschutzgebiet durch den Deichrückbau in seiner gesamten Existenz zu gefährden. Im Abschlussdokument der AG Klimawandel Vorpommern wird jedoch gerade dem Schutz und der Mehrung der Trinkwasservorkommen großes Gewicht beigegeben.

Grundwasserspiegel und Naturschutz

Die Angst vor erhöhtem Grundwasserspiegel war für viele Bewohner der erste Gedanke, nachdem das Projekt bekannt wurde. Auch die BI kann jedoch die Argumentation nachvollziehen, dass durch den geplanten Neubau von ortsnahen Pumpwerken dieses Problem lösbar wäre und gegenüber dem jetzt einzigen Pumpwerk eine Verbesserung darstellen würde.

Der Sommer 2011 brachte den Orten des Inselnordens durch extrem hohe Niederschläge hohe Grundwasserstände. Der Abfluss des Grundwassers war durch verschiedene Faktoren gehemmt, wie z.B. die Vernachlässigung bestehender Abflussgräben. Darüber hinaus standen aber auch die Spezialisten oft vor einem Rätsel, weshalb das Wasser trotz Abflussgräben nicht so schnell abfloss, wie es eigentlich hätte sein müssen. Fazit: Vorhersagen über Zu- und Abflussverhalten des Wassers auch im Gebiet Cämmerer See enthalten einen großen Unsicherheitsfaktor.

Dieses Gebiet stellt sich keineswegs als eine notwendigerweise zu „renaturierende“ Fläche dar. Es ist Teil von FFH- und Vogelschutzgebieten, Heimat für zahlreiche seltene und geschützte Tier- und Pflanzenarten, darunter mehr als 60 gefährdete Tierarten. Der Wald wird vom zuständigen Forstamt als forstwirtschaftlich und ökologisch sehr wertvoll bezeichnet. Davon würde bei einem Deichrückbau ein großer Teil zerstört werden, mit der Pflicht, an anderer Stelle aufzuforsten. Welchen Sinn ergibt das in der Summe?

Fakt bleibt, dass eine Beseitigung der Lebensgrundlage von dort eventuell vorkommenden gesetzlich geschützten Arten ein Grund für die Undurchführbarkeit des KFP wäre. Die Aussagen dazu müssen endgültig noch getroffen werden.

Denkmalschutz und Tourismus

Ein großer Teil der Denkmallandschaft Peenemünde würde perspektivisch einer dauerhaften Überflutung ausgesetzt und damit nicht mehr zugänglich. Abgesehen vom Verstoß gegen das Denkmalschutzgesetz konterkariert diese Tatsache auch das Engagement des Landes bei der Entwicklung des Museums und der Gemeinde Peenemünde.

Gerade die Thematik des Denkmalschutzes hat durch das im März 2012 vorgelegte Gutachten zum Denkmalstandort Peenemünde eine entscheidende Dimension erhalten. Das vom international anerkannten Denkmalschutzexperten Professor Dr. Leo Schmidt von der TU Cottbus inzwischen in Buchform vorliegende Gutachten ordnet nicht nur den Denkmalschutzwert des Standorts Peenemünde in die internationale Spitze ein, sondern spricht sich explizit für die vollständige Erhaltung des Peenestromdeiches aus (s. u.).

Haltung der Volksvertreter zum Deichrückbau

Diese widerspiegelt in seltener Einhelligkeit die Meinung der Bevölkerung.

Ende 2008 fassten die Gemeindevertretungen von Karlshagen, Trassenheide und Mölschow fast durchweg einstimmige Beschlüsse gegen den Deichrückbau. Im Mai 2009 lehnte der Kreistag Ostvorpommern mit großer Mehrheit den Deichrückbau ab, dieses Votum wurde vom Kreistag des 2011 neu gebildeten Kreises Vorpommern-Greifswald 2012 mit parteiübergreifender deutlicher Mehrheit erneuert.

Das ist Ausdruck eines sachlich begründeten und sehr eindeutigen politischen Willens der Bevölkerung und ihrer gewählten Organe.

Nach den vorliegenden Richtlinien hat dieses eindeutige Votum für den Entscheidungsprozess jedoch keinen Wert! Es sind „lediglich“ politische Willensäußerungen, die nach Gesetzeslage für das Genehmigungsverfahren unerheblich sind.

Anders wäre es bei einer Ablehnung durch die Gemeinde Peenemünde, auf deren Gebiet sich der Flächenpool befindet (s.u.).

Dubiose Begleitumstände des Projektes

Begründung für die Auswahl dieser Fläche

Interessant ist die Wandlung, der diese Begründung von offizieller Seite unterworfen wurde.

Offenbar war der Zusammenhang zum Autobahnbau mehr allgemeiner Natur, denn durch die Autobahn wurden ja keine unmittelbaren Küstengebiete beansprucht.

Als sich DONG Energy von Lubmin verabschiedete, wurde aus dem Pool „für den Industriestandort Lubmin“ ein Kompensationsflächenpool auch „für andere Vorhaben, insbesondere (!) am Standort Lubmin“, wie das Umweltministerium auch gegenüber der BI zugab.

Das ganze Projekt war zu einem allgemeinen Ökopool mutiert, dessen Wertungspunkte auch national oder sogar EU-weit abgearbeitet werden können. Von nötiger räumlicher Nähe war keine Rede mehr. Aber auch das schien 2012 alles nicht mehr wahr zu sein! Der Umweltminister bezeichnete im Juni dieses Gebiet wieder als die einzig mögliche Ausgleichsfläche für den Standort Lubmin. Die Begründungen werden also beliebig „angepasst“ und verlieren dadurch an Glaubwürdigkeit.

Der Umgang mit der Gemeinde Peenemünde 2009

Vorweg: Die Gemeinde Peenemünde war ein Opfer der Veränderungen seit 1990. Der Marinestützpunkt wurde geschlossen, die ehemaligen Kasernengebäude und Wohngebäude verfielen, der Ort bot ein wenig ansehnliches Äußeres, die Bevölkerung schrumpfte dramatisch. Die Einwohner fühlten sich mit Recht vernachlässigt, suchten seit Jahren krampfhaft nach einem Ausweg aus der Misere, wurden dabei allein gelassen.



Foto: Höll

Teil der Denkmallandschaft am Deich

Die Gemeindevertretung von Peenemünde war im Frühsommer 2008 der erste Adressat für die Information von EWN über das Projekt, und auch die erste Quelle für den lautstarken Protest dagegen, denn die Fläche liegt vollständig auf dem Gebiet dieser Gemeinde. Bürgermeister Rainer Barthelmes war Teilnehmer der ersten Bürgerversammlung im August 2008 in Karlshagen und setzte seine Unterschrift auf die Protestliste gegen den Deichrückbau.

Dann wurde es plötzlich still in Peenemünde.

Anfang 2009 sprach der BI-Vorsitzende Bürgermeister Barthelmes daraufhin an.

Originalton Rainer Barthelmes gegenüber Rainer Höll:

„Wenn ich von jemandem etwas will, muss ich ihm auch etwas anbieten“.

Wer und was damit gemeint war, kam durch einen Artikel der Ostsee-Zeitung vom 13. Mai 2009 ans Tageslicht:

„Die außerordentliche (nichtöffentliche – d. Red.) Hauptausschusssitzung der Gemeinde Peenemünde am 23. März – das Protokoll liegt der OSTSEE-ZEITUNG vor – bestätigt“ (vorhandene Gerüchte – d.Red)....„Darin wird Jörn Mothes, Koordinator der interministeriellen Arbeitsgruppe im Bildungsministerium, ... folgendermaßen zitiert: ‚EWN will schnellstmöglich die bundeseigenen Liegenschaften in Peenemünde erwerben, beräumen, begrünen und dann der Gemeinde übergeben. Hier könnten dann die Gemeinde und das Land Investitionen tätigen. Im Gegenzug müsste die Gemeinde den Renaturierungsplänen der EWN zustimmen...‘

In der Zusammenfassung wird Mothes mit folgender Aussage zitiert: ‚In welcher Form sich das Land finanziell an der Entwicklung der Gemeinde beteiligen wird, hängt von der kommunalen Entwicklung der Gemeinde ab. **Sollte die Gemeinde sich positiv zu den EWN-Plänen äußern, sind die Voraussetzungen anders zu bewerten** (Herv. BI).‘“

Dieses „Angebot“ wurde dann im Herbst 2009 durch Beschluss der Gemeindevertretung mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung umgesetzt.

Was hat die Infrastrukturentwicklung in Peenemünde mit dem Deichrückbau zu tun?

Ein Staatsbetrieb bietet der Gemeinde die Beseitigung von Missständen an – als Gegenleistung wird die Zustimmung zu einem Projekt gefordert, welches damit in keinerlei Zusammenhang steht.

Und der Vertreter der Landesregierung unterstützt das nicht nur, sondern verstärkt den Druck seinerseits noch!

Offenbar hat die Landesregierung kein rechtes Vertrauen in den Ausgang des von ihr selbst immer so beschworenen demokratischen Planfeststellungsverfahrens und hat hier kräftig nachgeholfen, denn mit einer Ablehnung durch die Gemeinde Peenemünde hätte das Projekt von vornherein keine Chance.

Schließlich wurde der „Deal“ umgesetzt, die Ruinen in Peenemünde sind verschwunden, kaum jemand kennt jedoch die Umstände, die dazu geführt haben.

Das Land gab dann, aus der Notwendigkeit, den Standort Peenemünde insgesamt aufwerten zu müssen, ein Regionales Entwicklungskonzept (REK) Peenemünde 2020 in Auftrag, welches die Perspektive des gesamten Inselnordens mit konkreten Vorschlägen untersetzte. Ein solches Konzept kann von jedem Beteiligten nur begrüßt werden (siehe nächstes Kapitel).

Entwicklungen seit 2011

REK Peenemünde 2020

Dieses lange überfällige Konzept untersucht im Detail die Entwicklungsmöglichkeiten von Peenemünde und verbindet sie gleichzeitig mit konkreten Lösungsvorschlägen. Bei der öffentlichen Präsentation wurde deutlich, wie sehr der KFP dem Anliegen des REK widerspricht. Die Verfasser mussten hier balancieren und haben keine tragfähige Planungsgrundlage für die Entwicklung großer Teile des Gemeindegebietes, weil das Damoklesschwert des Deichrückbaus immer noch schwebt.

Zu den Deichrückbauplänen heißt es im Text: Die Maßnahmen des Kompensationsflächenpools Cämmerer See sowie der Riegel- bzw. Kombideich „sind nicht zwingend miteinander verbunden“. Und weiter: Mit Verweis auf das Denkmalschutzgutachten (s.u.) wird ein Deichrückbau von den Autoren des Konzeptes „kritisch gesehen“.

Das Spiel mit dem Riegeldeich 2012

2011 zeichnete sich ab, dass der Termin 2014 für den Hochwasserschutz im Inselnorden (Riegeldeich) nicht zu halten war, denn der KFP mit seinem Kombideich kam nicht voran. So verkündete Umweltminister Backhaus Ende 2011 die Entkopplung beider Projekte – der nördliche Riegeldeich in der ursprünglichen Form wurde wieder in Angriff genommen, um den Termin 2014 halten zu können.

In dieser Situation tauchte plötzlich das Kombibauwerk wieder auf. Der leitende Verwaltungsbeamte des Amtes Usedom-Nord, Siegfried Krause, forderte am 12. März 2012 in einem Brief an Ministerpräsident Selling im Namen der fünf Bürgermeister des Inselnordens statt des einfachen „nördlichen“ Riegeldeiches als Lückenschluss im Hochwasserschutz des Inselnordens ein Kombibauwerk, welches gleichzeitig Straße und Schiene nach Peenemünde tragen soll.

In allen Gemeindevertretungen gab es großes Verständnis für diese Lösung, weil die Abgeordneten perspektivisch und verantwortungsbewusst denken. Was die Initiatoren dieser Aktion natürlich wussten: Die Finanzierung des Kombibauwerkes war damals – im Gegensatz zum nördlichen Riegeldeich – nicht gesichert. Wie zu erwarten, wurde die Nichtfinanzierbarkeit des Kombideiches im Antwortbrief von Ministerpräsident Selling auch formuliert, allerdings mit dem Hinweis:

„Die beteiligten Ressorts suchen derzeit intensiv nach einer Lösung für eine mögliche Realisierung des Kombibauwerkes. Die Landesregierung geht davon aus, dass diese Abstimmungen bis Ende Juni zu einem vorläufigen Abschluss kommen“.

Diese „Lösung“ hat dann Umweltminister Backhaus den Gemeindevertretern des Inselnordens am 27. Juni 2012 in Karlshagen auf einer nichtöffentlichen Sitzung serviert. Die Grundaussage seines Vortrages lautete:

Ein Kombideich ist nur als Bestandteil des Projektes Cämmerer See finanzierbar, wer seinen Widerstand gegen einen damit verbundenen Deichrückbau nicht aufgeben will, kann auch keinen Kombideich erwarten!

Erpressung und Nötigung sind in diesem Fall Begriffe mit hohem Wahrheitsgehalt. Erst werden Hoffnungen bei den Abgeordneten geweckt, deren Aussichtslosigkeit von vornherein klar war, dann

wird die Unmöglichkeit formuliert, aber schließlich doch noch ein „Ausweg“ aufgezeigt: Den Widerstand gegen den Deichrückbau aufgeben! Ein Ping-Pong-Spiel der übelsten Art, zwischen Amt, Umweltministerium und Staatskanzlei, auf das keiner der Beteiligten stolz sein sollte! Letztlich ließen sich die Abgeordneten davon aber nicht beeindrucken, es gab keine neuen Beschlüsse zum Deichrückbau.

Und das Spiel ging noch weiter. Ein Jahr später verkündet Umweltminister Backhaus, dass der Kombideich nun doch aus öffentlichen Mitteln finanziert werden könne, die Fertigstellung sei bis 2016 geplant, mit der hintergründigen Formulierung ergänzt: „Die Landesregierung sieht die Notwendigkeit, mit der Errichtung des Kombinationsbauwerks gleichzeitig die Grundlagen zur Umsetzung des Kompensationsflächenpools „Cämmerer See“ als Ausgleichsmaßnahme für Eingriffe in maritime Lebensräume zu schaffen.“

Im Herbst wurden vom Land knapp 700.000 Euro für den Kauf des Schullandheims Peenemünde ausgegeben. Das ist angesichts der Schwierigkeiten, in die das Land den Eigentümer gebracht hat, nur zu begrüßen. Nicht allerdings die Begründung: „Das Schullandheim befindet sich in einem Deichbau-Flutungs-Gebiet und hätte ansonsten mit hohem Aufwand im Zuge der Kompensationsmaßnahmen eingedeicht werden müssen.“

Damit nimmt die Regierung dreist das Ergebnis des Planfeststellungsverfahrens vorweg.

Die bewusste Verknüpfung beider Maßnahmen mit dem Projekt Cämmerer See zeigt, dass die Landesregierung nach wie vor die Gegenargumente gegen einen Deichrückbau einfach nicht zur Kenntnis nehmen will. Wir haben uns an den Landesrechnungshof mit der Bitte um Prüfung gewandt, ob beim Kauf des Schullandheims Steuermittel ungerechtfertigt ausgegeben wurden.

Angst vor der Öffentlichkeit

In diese ignorante Haltung passt es auch, dass zu einer von der BI organisierten Podiumsdiskussion am 3. Juni 2013 unter dem Thema „Wie weiter mit dem Cämmerer See“ kein einziger der Befürworter eines Deichrückbaus den Mut hatte, sich den Fragen der Öffentlichkeit zu stellen.

Als Fazit müssen wir feststellen, dass die Befürworter eines Deichrückbaus in Deckung gegangen sind, auf Zeit spielen und dadurch den Widerstand der Bevölkerung schwächen wollen. Der Deichrückbau ist zum Schacherobjekt verkommen.

Gutachten zum Denkmalstandort Peenemünde (Conservation Management Plan – CMP)

Dieses Gutachten stellt Peenemünde in eine Reihe mit den bedeutendsten internationalen Standorten für die Entwicklung der Raumfahrt. Der Peenestromdeich selbst wird nicht nur als Denkmal ersten Ranges betrachtet, er ist auch das einzige Bauwerk der Heeresversuchsanstalt, das in der ursprünglichen Form erhalten ist und weiterhin seine damalige Funktion ausübt. Eine Deichöffnung sei faktisch eine Zerstörung des Deiches als Denkmal. Der Deich sei aber nicht primär als Bauwerk von Bedeutung, sondern wegen der Funktion, für die er errichtet wurde. Wenn er durch die Öffnung seiner Funktion beraubt wird, so wäre der verbleibende Rest auf die Aussage reduziert, davon zu berichten, dass hier einmal ein Deich bestanden hat.

Fazit: Der CMP belegt eindeutig die Unvereinbarkeit von Deichrückbau und Entwicklung des Denkmalstandortes Peenemünde.

Antrag für ein Gaskraftwerk in Lubmin

Wie erwartet, wurde das Projekt Kompensationsflächenpool Cämmerer See Ende 2012 Bestandteil der Antragsunterlagen zum Bau eines Gas- und Dampfkraftwerkes am Standort Lubmin. Im Landespflegerischen Begleitplan (LBP), der im Auftrag des Antragstellers EWN vom Ingenieurbüro Froehlich & Sporbeck erarbeitet wurde, wird dieses Projekt als Ausgleichs- und Ersatzfläche aufgeführt. Dadurch wird der Eindruck erweckt, dass es nur noch einer formalen Genehmigung bedarf. Lediglich in einem Satz wird darauf verwiesen, dass dieses Projekt sich noch in einer eigenen Genehmigungsphase befindet. Obwohl auch den Verfassern des LBP alle Argumente gegen den Deichrückbau sowie die entsprechenden Beschlüsse demokratisch gewählter Volksvertretungen bekannt sind, wird die Realisierbarkeit dieses Projekts mit keinem Wort angezweifelt. Eine solche Herangehensweise kann nur als beispiellose Ignoranz gewertet werden. Es fällt schwer zu glauben, dass dieses ohne Wissen zuständiger Verwal-

tungen auf Landesebene geschehen ist. Dagegen steht erfreulicher Weise die Sicht der Landesforstverwaltung, die das Projekt Cämmerer See in einer offiziellen Stellungnahme zum LBP explizit ablehnt.

Zusammenfassung

Wert als Ausgleichsfläche

Ein aktueller Bedarf an Ausgleichsflächen, weder am Standort Lubmin noch anderswo, ist auch im Frühjahr 2014 nicht absehbar. Die vage angekündigten Pläne zum Bau von Gaskraftwerken in Lubmin sind seit Jahren nicht vorangekommen und werden aufgrund der Entwicklungen im Energiesektor immer unwahrscheinlicher. Deshalb kann es auch keine exakten Kriterien für die Anforderungen an eine Ausgleichsfläche geben, auf deren Grundlage die Fläche Cämmerer See dann als „alternativlos“ dargestellt werden könnte.

Der mit Abstand größte Wert als mögliche Ausgleichsfläche liegt offenbar darin, dass sie vollständig in öffentlicher Hand ist, also ohne „störende“ Privateigentümer.

Konkrete Begründungen, weshalb es gerade diese Fläche sein muss, werden beliebig der Lage angepasst, aber dadurch nicht glaubwürdiger. Die Zuordnung zum Nationalen Naturerbe soll für zusätzliche Rechtfertigung sorgen.

Die angestrebte „Renaturierung“ stellt sich nach genauem Augenschein der Fläche als Alibifunktion dar. Das eigentlich begrüßenswerte Anliegen des Naturschutzes wird in diesem Fall missbraucht und versucht, gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen.

Wie oben dargestellt, ist der summarische Nutzen für die Natur durchaus zwiespältig und nicht so eindeutig, wie er von den Befürwortern dargestellt wird. Durch den Meeresspiegelanstieg wird dieser Nutzen schließlich völlig ad absurdum geführt.

Die BI verwies auf die Notwendigkeit, nach Alternativflächen zu suchen, bot selbst mehrere Alternativvarianten an, forderte auch, Überlegungen der Befürworter weiter zu verfolgen, Lösungen bei bestehendem Deich zu finden.

Konsequenz aus den und Bestätigung für die Tatsachen ist es, dass bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Mai 2014) das Planfeststellungsverfahren für das Projekt Cämmerer See nicht weiter bearbeitet wurde.

Dennoch schwebt der Deichrückbau weiterhin als Damoklesschwert über dem Inselnorden, verhindert Planungssicherheit besonders in Peenemünde und hat bisher bereits den Bau des Riegeldeiches erheblich verzögert. Auf Anfrage der BI konnte das federführende Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Stralsund Anfang 2014 keinen Zeitpunkt für die Fertigstellung nennen.

Gefährdung von Investitionen

Wer trotz dieser fundierten Gegenargumente am Deichrückbau festhält, setzt auf Konfrontation und nimmt darüber hinaus bewusst eine Verzögerung bei der Suche nach wirklich geeigneten Ausgleichsflächen in Kauf, mit allen damit verbundenen Konsequenzen für Investitionen und Arbeitsplätze.

Erfahrungen mit Wiedervernässung

Die BI hat sich bisher nicht an der Diskussion über Vor- und Nachteile des Wiedervernässungsprogramms der Landesregierung beteiligt, weil die übrigen Gegenargumente ausreichend waren und sind. Ergänzend hierzu müssen bei bisher vorliegenden Erfahrungen aus wiedervernässten Gebieten nach übereinstimmenden Aussagen von Betroffenen folgende Tatsachen benannt werden: Alle Vorhersagen zu Dauer und Höhe der Überflutungen wurden (zum Teil deutlich) übertroffen. Die Betroffenen wurden darüber hinaus von den Verwaltungen aller Ebenen mit den negativen Konsequenzen der Vernässung alleine gelassen. Schließlich werden auch die fachlichen Zweifel am summarischen Nutzen einer Vernässung immer größer.

Deichrückbau als Schacherobjekt

Mehrfach wurde und wird weiterhin versucht, den Deichrückbau als Faustpfand in Verhandlungen zur Durchsetzung verschiedener Interessen zu nutzen. Wer das als hohe Politik verkaufen will, sollte sein Verständnis über die Rolle gewählter Volksvertreter, Politiker und Beamter überprüfen. Bestimmte Kreise der Landesregierung gehen hier nachweislich mit schlechtem Beispiel voran – auf dem Rücken der Bevölkerung im Inselnorden.

Nationale und internationale Verantwortung

Gerade der CMP hat mit aller Deutlichkeit aufgezeigt, welche einzigartige internationale Bedeutung der Standort Peenemünde für einen Teil der Weltgeschichte hat: Die Geschichte der Raumfahrt im engen Zusammenhang mit dem dafür gezahlten Preis an Menschenleben! Die begrüßenswerten Konzepte der Landesregierung für die Entwicklung Peenemündes und speziell des HTM sind inhaltlich unvereinbar mit einem Deichrückbau.

Ist das Gleichgültigkeit? Inkompetenz? Ignoranz?

Wer diesen Standort bewusst aufs Spiel setzt und das mit der Alternativlosigkeit einer gerade hier zu schaffenden Ausgleichsfläche für noch nicht einmal feststehende Investitionen und ohne nachvollziehbare Kriterien begründet, handelt in höchstem Maße verantwortungslos. Eine solche Entscheidung gegen den Standort Peenemünde würde die gesamte Landespolitik vor den Augen der Weltöffentlichkeit der Lächerlichkeit preisgeben!

Einziger Ausweg – Stopp der Deichrückbaupläne

Wer es ernst meint mit demokratischer Mitbestimmung, mit der Einbeziehung der Bevölkerung in solche schwer wiegenden Entscheidungen, der muss Fakten anerkennen, muss das „NEIN“ der Bevölkerung und ihrer gewählten Vertretungen akzeptieren und daraus die Konsequenzen ziehen.

Wer nicht ganz bewusst einen ernsthaften Konflikt mit der regionalen Bevölkerung sucht, wer nicht will, dass sich politische Kräfte, die diese Demokratie abschaffen wollen, sich hier als Trittbrettfahrer profilieren können, wer ein Interesse daran hat, den gesellschaftlichen Frieden im Inselnorden nicht aufs Spiel zu setzen, der kann nur eine Entscheidung treffen:

Sofortiger und endgültiger Stopp der Deichrückbaupläne!

Wir sagen es hier in aller Deutlichkeit:

**Die Bevölkerung im Inselnorden wird einen
Deichrückbau nicht ohne Widerstand hinnehmen!**

Bürgerinitiative gegen Deichrückbau im Inselnorden e.V.

c/o Dr. Rainer Höll, Dünenstraße 14, 17449 Karlshagen

Tel. 038371-55443, Fax 038371-26657

www.kein-deichrueckbau-usedom.de, info@nordlichtverlag.de